

Datum: Tue, 01 Feb 2011

An: angela.merkel@bundestag.de, presse@bmfsfj.bund.de

Betreff: Demokratieerklärung gegen demokratisches Engagement

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel,
sehr geehrte Frau Bundesfamilienministerin Schröder,

als Psychologin und Wissenschaftlerin, die sich jahrelang mit den Phänomenen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus beschäftigt hat, fordere ich Sie nachdrücklich auf, die Absätze 2 und 3 der sogenannten Demokratieerklärung in den Zuwendungsbescheiden zu streichen, die das BMFSFJ derzeit allen Trägern im Rahmen des Programms "Toleranz fördern - Kompetenz stärken" abverlangt.

Diese sogenannte Extremismuserklärung stellt alle unter Generalverdacht, die täglich zivilgesellschaftliches Engagement zeigen und sich gegen Rechtsextremismus engagieren.

Wer sich mit der Situation in manchen Gegenden Deutschlands bezüglich des Rechtsextremismus befasst, weiß, welche Auswirkungen diese Klausel auf die dortige Situation haben kann. Gerade in Ostdeutschland ist der Aufbau und die Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements, gerade auch bei Jugendlichen, enorm wichtig, um dem erstarkten - und enorm gefährlichen - Rechtsextremismus auf Dauer etwas entgegenzusetzen zu können und ihm so den Nährboden zu nehmen.

Aus meiner Sicht ist es erschreckend, dass denjenigen, die die Zeit, Kraft und den Mut - und diesen braucht man hierfür - aufbringen, sich für Demokratie und gegen Rassismus und Rechtsextremismus einzusetzen, nicht mit Unterstützung begegnet wird, sondern mit Misstrauen und Bespitzelung. Gerade ihnen wird in dieser Klausel unterstellt, potentielle Feinde unserer Demokratie zu sein.

Wir sollten aus unserer deutschen Geschichte so viel gelernt haben, dass antifaschistisches Engagement, gerade junger Menschen, das Gegenteil von Demokratiefeindlichkeit ist. Meines Erachtens sollte ein solches mutiges zivilgesellschaftliches Engagement ein Grund sein, stolz auf diese (jungen) Menschen zu sein, da sie sich für unsere Demokratie vor Ort einsetzen und sie lebendig und vielfältig erhalten.

Deshalb fordere ich Sie auf: verzichten Sie im Sinne unserer Demokratie auf diese sogenannte Demokratieerklärung! Fördern Sie Engagement gegen Rechts und erschweren Sie es nicht - es ist oft schwer genug.

Mit freundlichen Grüßen,
Dr. N. Jäckle/Berlin
(Sozialpsychologin)